



# HESSISCHER LANDTAG

04. 09. 2018

HHA

## **Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Finanzplatz Frankfurt bleibt auch in Zukunft stark**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der Finanzplatz Frankfurt mit der Europäischen Zentralbank (EZB), der Einheitlichen Bankenaufsicht (SSM), der Europäischen Versicherungsaufsichtsbehörde (EIOPA), dem Europäischen Systemrisikorat (ESRB), der Deutschen Bundesbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) einen sehr wichtigen internationalen Regulierungs- und Aufsichtsstandort für die europäische Finanzwirtschaft darstellt. Dies bietet wichtige Wettbewerbsvorteile, ebenso wie die Nähe zur Realwirtschaft in der größten Volkswirtschaft Europas. Am Finanzplatz Frankfurt sind alle international bedeutsamen Bankhäuser vertreten. Er verfügt mit der Eurex Deutschland über Europas größte Derivatebörse mit weltweiter Handelsteilnehmerschaft und Relevanz sowie mit der Frankfurter Wertpapierbörse über die bedeutendste Wertpapierbörse der Eurozone. Aufgrund der zentralen Bedeutung für den Finanzplatz Frankfurt ist dabei die langfristige Sicherung des Börsengeschäfts sowie des Unternehmenssitzes der Deutsche Börse AG und des Sitzes der Geschäftsführung in Hessen besonders wichtig.
2. Der Landtag betont, dass Frankfurt als führender Finanzplatz Kontinentaleuropas eine herausragende Relevanz sowohl für die Wirtschaft in ganz Hessen sowie weit darüber hinaus innehat als auch für die Menschen, die von den direkt und indirekt mit dem Finanzplatz zusammenhängenden Arbeitsplätzen profitieren. Daher ist bei einer Einführung einer Finanztransaktionsteuer auf europäischer Ebene die Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Frankfurt zu berücksichtigen und Ausweichreaktionen sind zu vermeiden. Nur mit einem starken und wettbewerbsfähigen Finanzplatz kann Deutschland auch weiterhin aktiv die Regulierung der internationalen Finanzmärkte mitgestalten. Der Landtag stellt zudem fest, dass eine große Mehrheit des Bundestages sich anlässlich der nationalen Umsetzung des Europäischen Fiskalpakts darauf verständigt hat, die Einführung einer europäischen Finanztransaktionsteuer mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz voranzutreiben. Ziel muss es sein, diese so gerecht zu gestalten, dass sie alle Finanzinstrumente umfasst. Relevante negative Folgen der Steuer auf Instrumente der Altersversorgung, auf die Kleinanlegerinnen und Kleinanleger und auf die Realwirtschaft müssen vermieden werden.
3. Der Landtag hebt hervor, dass die Rhein-Main-Region mit Frankfurt am Main als eines der großen Finanzzentren der Welt beste Rahmenbedingungen sowohl für etablierte Finanzdienstleister als auch für Unternehmensgründungen aller Branchen bietet. Das in Frankfurt angesiedelte Startup-Zentrum "Tech Quartier" stellt Gründerinnen und Gründern nicht nur attraktive Büro- und Arbeitsflächen zur Verfügung, sondern ist zugleich eine zentrale Anlaufstelle für Delegationen und Investoren. Hinzu kommen forschungsstarke Hochschulen wie die Goethe-Universität mit dem "House of Finance", die Frankfurt School of Finance & Management sowie die TU Darmstadt, das European Banking Institute, innovative IT-Firmen und der, gemessen am Datendurchsatz, weltweit größte Internetknotenpunkt. Der Landtag unterstützt die Bemühungen der Landesregierung, den Finanzplatz auch zu einem europäischen Zentrum des Rechts zu entwickeln. Mit der Einführung einer englischsprachigen Handelskammer beim Landgericht Frankfurt am Main werden zudem die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Frankfurt das Tor zum Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts für viele internationale Unternehmen werden kann.

4. Der Landtag begrüßt, dass das "Green Finance Cluster Frankfurt" (mittlerweile "Green and Sustainable Finance Cluster Germany") auf Initiative der Landesregierung im November letzten Jahres seine Arbeit aufgenommen hat. Dort werden die Kompetenzen von Finanzsektor, Anlegern, Zivilgesellschaft und politischen Entscheidungsträgern in einem Netzwerk gebündelt, um den Finanzplatz Frankfurt auf dem chancenreichen Geschäftsfeld für nachhaltige Finanzprodukte zu etablieren.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 4. September 2018

Für die Fraktion  
der CDU  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Boddenberg**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Frömmrich**